

Übersicht über die zu beschließenden Mittel im Direktorium auf Grundlage des Eckdatenbeschlusses vom 25.07.2018

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12458

1 Anlage

Bekanntgabe im Verwaltungs- und Personalausschuss am 17.10.2018 Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Mit Bekanntgabe Nr. 14-20 / V 11586 hat das Direktorium im VPA am 19.06.2018 eine Übersicht der zum Eckdatenbeschluss angemeldeten Finanzierungsbeschlüsse dargestellt. In der Vollversammlung vom 25.07.2018 wurde der Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2019 durch den Stadtrat gefasst.

Insbesondere wurden dabei die Erhöhungen der konsumtiven Auszahlungen und die Ausweitung der Personalstellen auf Grundlage der von den Referaten geplanten Beschlüsse festgelegt. Die Steigerungen der Stellenausweitung aufgrund der Anmeldungen wurde auf insgesamt 683 Vollzeitäquivalente begrenzt, zuzüglich von 147 VZÄ, die refinanziert werden. Die Steigerung der konsumtiven Auszahlungen (ohne Personal) wurde auf insgesamt 121 Mio. Euro festgelegt.

Im Folgenden sind die davon betroffenen Bereiche und Dienststellen des Direktoriums aufgeführt. Die Nummerierung folgt der beigefügten Liste, in der – auf Wunsch der Stadtkämmerei - die Personalauszahlungen mit einem Betrag von 30.000 € je VZÄ dargestellt sind. Die gemäß den Vorgaben des Personal- und Organisationsreferates tatsächlichen Jahresmittelbeträge je VZÄ werden in den Einzelbeschlüssen aufgeführt.

1. BV-Nr. 14-20 / V 12422 Datenschutzreform 2018 – Teil 2 **IT Vorhaben Datenschutz** **Bericht zum Umsetzungsstand der DSGVO** **Personalbedarf** **Öffentlich**

Zur weiteren Umsetzung der DSGVO bei der LHM wird die Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten basierend auf einer detaillierten Aufwandsschätzung und die Bereitstellung von Mitteln für die zweite Projektstufe zur Umsetzung der DSGVO beantragt. Im Direktorium sind für die Aufgaben der/des behördlichen Datenschutzbeauftragten 3,0 VZÄ anzusetzen. Die begonnenen Maßnahmen und Aufgaben müssen fortgeführt und in der Organisation verankert werden. Dazu werden Mittel für eine zweite Projektstufe „Umsetzung DSGVO“ in Höhe von 180.000 € beantragt, die insbesondere für die Finanzierung einer externen Projektleitung, die vordringlichsten Schulungsbedarfe sowie die Beratung durch auf Fragen der DSGVO spezialisierte technische oder rechtliche Gutachter städtischer Dienstkräfte benötigt werden.

**2. BV-Nr. 14-20 / V 12442
Geschäftsprozessmanagement im Direktorium – Erster Schritt:
„Prozessmodellierung“**

Im Rahmen des Stadtratsbeschlusses Nr. 14-20 / V 09983 vom 23.11.2017 „Ausplanung des IT-Gutachtens zur Neuorganisation der städtischen Informations- und Telekommunikationstechnik“ wurde vorgeschlagen, bei den Referatsgeschäftsleitungen die Keimzelle für die Etablierung eines referatsweiten Geschäftsprozessmanagements im Sinne eines unterstützenden Dienstleisters für die Ämter und Abteilungen des jeweiligen Referates zu etablieren. Um dem IT-Ausplanungsbeschluss zu folgen und einen ersten Schritt in Richtung des langfristigen Ziels eines umfassenden Geschäftsprozessmanagements zu gehen, wird der Fokus des Geschäftsprozessmanagements zunächst auf einen Teilbereich der Geschäftsprozessmodellierung eingegrenzt (1 VZÄ).

3. Personalausstattung der Abteilung Manuskripte und Textvorlagen

Vor dem Hintergrund veränderter Anforderungen an die Abteilung Manuskripte und Textvorlagen sollte eine weitere Stelle für Sachbearbeitung in der 4. Qualifikationsebene geschaffen werden. Im Rahmen der Entscheidung zum Eckdatenbeschluss wird die zusätzliche Stellenausstattung nicht weiterverfolgt.

**4. BV-Nr. 14-20 / V 12298
Stadtarchiv – Einrichtung einer Referendarstelle**

Im Hinblick auf den großen personellen Wechsel im Stadtarchiv in den kommenden Jahren soll dauerhaft eine Referendarstelle eingerichtet werden, um bei Bedarf für die 4. Qualifizierungsebene selbst auszubilden. Neben den Personalkosten fallen jährlich Ausbildungskosten in Höhe von 15.800 € für die Bayerische Archivschule München an.

**5. BV-Nr. 14-20 / V 12650
Weiterentwicklung der Gleichstellungsorientierten Haushaltssteuerung**

Aufsetzend auf den Erfahrungen der ersten Umsetzungsphase und der Ergebnisse der 2. Münchner Frauen Konferenz wird ein Konzept zur weiteren Umsetzung der Gleichstellungsorientierten Haushaltssteuerung (GstHH) vorgelegt. Zur Unterstützung der Referate bei der Umsetzung der GstHH ist die Beratung durch externe Expertinnen und Experten vorgesehen. Hierfür sind Mittel bereitzustellen.

Im Rahmen der Entscheidung zum Eckdatenbeschluss wird die zusätzliche Stellenausstattung nicht weiterverfolgt. Dadurch müssen die Sachmittel aber auf mehrere Haushaltsjahre gestreckt werden.

6. BV-Nr. 14-20 / V 12242

Projekt „Migration bewegt die Stadt“. Entfristung der Projektaufgaben des auf vier Jahre befristeten Projekts „Migrationsgeschichte als Teil der Münchner Stadtgeschichte dauerhaft erforschen, sammeln und sichtbar machen“

Das zunächst auf vier Jahre befristete gemeinsame Projekt des Stadtmuseums und des Stadtarchivs soll sich konzeptionell und kontinuierlich mit dem Thema Migration auseinandersetzen. Dies war auch die Intention des zugrunde liegenden Stadtratsantrags "Migrationsgeschichte als Teil der Münchner Stadtgeschichte dauerhaft erforschen, sammeln und sichtbar machen".

Mit der Beschlussvorlage wird die Entfristung des gemeinsamen Projektes des Kulturreferates, Stadtmuseum, und des Direktoriums, Stadtarchiv, sowie der entsprechenden Stellen (2,5 VZÄ) beantragt. Sie beinhaltet Ausführungen zum Anlass der Entfristung, zu den bisherigen Ergebnissen und zu den geplanten weiteren Maßnahmen des Projektes sowie zum Stellenbedarf und zu den Sachkosten, die sich für das Stadtarchiv auf 21.600 € belaufen und für das Kulturreferat auf 30.000 € (s. hierzu Bekanntgabe des Kulturreferats).

7. BV-Nr. 14-20 / V 12520

Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement

Der Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement soll eine Satzung erhalten, in der auch ein Budget für Sachkosten der Beiratsarbeit vorgesehen ist. Die Satzung wird dem Stadtrat im Herbst zur Beschlussfassung vorgelegt.

Im Rahmen der Entscheidung zum Eckdatenbeschluss wird die zusätzliche Finanzierung i.H.v. 9.000 € in das Budget des Direktoriums eingestellt.

8. BV-Nr. 14-20 / V 12520

Dotierung des Anita-Augspurg-Preis erhöhen

Antrag Nr. 14-20 / A 3639 der Stadtratsfraktion Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 01.12.2017

Im Antrag Nr. 14-20 / A 03639 der Stadtratsfraktion Die Grünen/rosa Liste vom 01.12.2017 wird eine Erhöhung des Preisgeldes von 5.100 € auf 10.000 € beantragt.

Im Rahmen der Entscheidung zum Eckdatenbeschluss wird die zusätzliche Finanzierung in das Budget des Direktoriums eingestellt.

9. BV-Nr. 14-20 / V 12520

Vertretung der LH München im Städtenetzwerk „Rainbow Cities Network“; Mitgliedsbeitrag

Im Rahmen der Entscheidung zum Eckdatenbeschluss wird der Mitgliedsbeitrag für das Netzwerk europäischer Städte mit einer Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit für LGBT* („Rainbow Cities Network“) bewilligt.

**10. BV-Nr. 14-20 / V 12400
IT-Ausstattung/Technikpauschale für die Mitglieder der Bezirksausschüsse**

Bezirksausschussmitglieder, die die Kooperationsplattform nutzen und zugleich auf den Versand von Ladung und Sitzungsunterlagen in Papierform verzichten, erhalten eine jährliche Technikpauschale in Höhe von 200 €.

Ab 2019 ist für die Technikpauschale ein Gesamtbetrag von jährlich 135.000 € in das Budget des Direktoriums einzustellen.

**11. BV-Nr. 14-20 / V 12735
Betriebliches Gesundheitsmanagement und Great Place To Work**

Unter Federführung vom Personal- und Organisationsreferat wird eine stadtweite Vorlage "Great Place To Work und Betriebliches Gesundheitsmanagement - Entfristung der zur Verfügung gestellten Kapazitäten" in den Verwaltungs- und Personalausschuss am 17.10.2018 eingebracht.

Unter anderem wird darin die Entfristung der im Direktorium vorhandenen Kapazität von 0,5 VZÄ beantragt.

**12. BV-Nr. 14-20 / V 11745
Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM)**

Die entsprechende Beschlussvorlage wird vom Referat für Gesundheit und Umwelt als federführendes Referat in den Ausschuss des RGU eingebracht. Eine gesonderte Darstellung im VPA erfolgt nicht, das Budget des Direktoriums wird um entsprechende Sachmittel i.H.v. 70.000,- € angehoben.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Der Referent

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

III. Abdruck von I. mit II.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

IV. Wv. Direktorium GL-2

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An**
An
An
z. K.

Am